

Wie Corona die Region prägen

Die Pandemie als Zäsur: Die Massnahmen gegen die Ausbreitung von Covid-19 waren einschneidend und betrafen unseren Lebensraum auf unterschiedlichste Weise. Nun kehrt die Triregio zurück in eine Normalität. Doch manches davon hat bleibende Spuren hinterlassen, in der Wirtschaft, der Politik, in unserem Alltag. Die bz-Redaktion hat sich Gedanken gemacht, wo diese auftreten, und dazu fünf Thesen formuliert.



Corona war allgegenwärtig. Was bleibt von der Krise?

1 Corona zementiert die Grenzen

Patrick Marcolli

Ein deutscher Freund hat sich kürzlich gewundert, wie föderal sein eigenes Land eigentlich strukturiert ist. In der Coronakrise konnten die Länderfürsten ihre ganze Macht ausspielen. Selbst der nationale Gesundheitsminister hatte nicht die Kompetenz, darüber zu entscheiden, ob Fussballspiele weiter stattfinden dürfen oder nicht. Die Schweiz dagegen hat ganz anders agiert, ungewohnt zentralistisch. Schaut man aber genauer hin, so war es mit der einheitlichen Haltung nicht sehr weit her. Die beiden Basel gaben besten Anschauungsunterricht dafür.

Es grenzt an ein Wunder, dass die Kantonsgrenzen rund um die Stadt herum nicht auch von der Militärpolizei gesperrt und kontrolliert wurden. Selbstverständlich, so würden nun die Magistraten links und rechts des Dorenbachs und der Birs postwendend entgegen, habe man in den Krisentagen jederzeit und sehr eng kooperiert und sich ausgetauscht. Den öffentlichen Beweis dafür sind sie aber schuldig geblieben. Wir haben in dieser Zeitung mehrfach auf die zeit- und inhaltsverschobene Kommunikation der Regierungsräte in Liestal und Basel hingewiesen. Hier wurde die Fasnacht abgesagt und das erste wirtschaftliche Unterstützungspaket präsentiert, dort der erste Coronatote mit einer Pressekonferenz an einem Sonntagnachmittag beklagt. Beizenschliessung, kantonaler Not-

stand, unterschiedliche weitere Unterstützungspakete – der Beispiele für Kantönlicheisthandeln wären noch viele. Man munkelt sogar, die Baselbieter Regierung habe in der Krisenzeit keinen Grund für die reguläre gemeinsame Regierungssitzung gesehen, respektive ihr sei kein Traktandum dafür eingefallen.

Sogar die Gegner einer Spital-Fusion können sich bestätigt sehen

Nun gut, wir sind natürlich froh darüber, dass die Coronakrise bis jetzt sowohl im Baselbiet wie in Basel-Stadt so gut gemeistert wurde. Dafür darf man die Politiker in Stadt und Land auch einmal loben. Im Nachhinein können sich sogar die Gegner der Spitalfusion in ihrer Haltung bestätigt sehen. Aber genau in diesem Erfolg liegt auch eine Gefahr. Die Kantonsgrenzen scheinen nach der Coronakrise dichter denn je. Wieso zusammenarbeiten, wenn es in der Not auch separat geht? Die Prognose ist nicht allzu gewagt: Eine substanzielle Annäherung der beiden Halbkantone wird es in nächster Zeit nicht mehr geben.

Am Montag übrigens wird die Basler Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann die Landesgrenzen symbolisch öffnen. Den Akt vollziehen werden mit ihr eine deutsche und französische Vertreterin. Auch die Baselbieter Regierungsrätin Kathrin Schweizer wird dabei sein. Dass man an sie gedacht hat, grenzt an ein Wunder.

2 Gesundheitsregion kommt gestählt hervor

Leif Simonsen

Die nächste Pandemie kommt. Ob in fünf oder in zwanzig Jahren, wissen wir nicht. Was wir wissen: Die Spitäler werden gerüstet sein. Das geringe Ausmass von Covid-19 war ein guter Stresstest, der die Stärken und Schwächen unserer Gesundheitsregion zu Tage gefördert hat. Als ausserordentlich stark hat sich die Zusammenarbeit zwischen den kantonseigenen Spitälern in Basel-Stadt und Baselland erwiesen. Bei der Bereitstellung der Kapazitäten habe es angesichts der Ernsthaftigkeit der Lage kein Konkurrenzdenken gegeben, heisst es aus Spitalkreisen. Im Fokus sei immer die Gesundheit der Bevölkerung gestanden – erst jetzt, da abgerechnet wird, beginnen die Spitaldirektoren an ihr Portemonnaie zu denken. Das stimmt zuversichtlich: Wenn es darauf ankommt, steht für die einst staatlichen Krankenhäuser, die seit der Entlassung in die Marktwirtschaft vor sechs Jahren im Verdacht stehen, dem Geld nachzurrennen, das Allgemeinwohl im Vordergrund.

Keine gegenseitigen Anschuldigungen – das hat Vertrauen geschafft

Aber: Kein Mucks darüber, dass die Testzentren in Münchenstein, in Lausen oder in der Predigerkirche defizitär waren. Keine gegenseitigen Vorwürfe, wonach man sich vor Verantwortung drücken würde – obwohl die staatlichen Spitäler in der Co-

ronakrise weit mehr Verantwortung übernehmen als die Privatspitäler. Das hat Vertrauen in die Spitäler geschafft – und wird im Hinblick auf die Zukunft bestimmt in der einen oder anderen sinnvollen Zusammenarbeit der Baselbieter und Basler Krankenhäuser münden.

Spitäler werden weniger abhängig von Lieferketten sein

Besser gewappnet werden die Spitäler im Hinblick auf die nächste Pandemie vor allem in logistischer Hinsicht sein. Corona hat den Verantwortlichen vor allem in einer Hinsicht die Augen geöffnet: Nicht alles, was zum täglichen Spitalbetrieb gehört, ist innerhalb von wenigen Stunden verfügbar. Sind die komplizierten Lieferketten durchbrochen, können schnell existenzielle Nöte entstehen.

Einen Maskenmangel und einen Mangel an Schutzkleidung werden wir in den Spitälern nicht nochmals erleben. Hierfür werden die Baselbieter und Basler Spitäler Einkaufsgemeinschaften bilden, um Abhängigkeiten in Krisensituationen zu minimieren. Ebenfalls werden sie ihre Lagerbestände an Sauerstoff und Narkosemitteln wie Ketamin und Rohypnol auffüllen.

Die Spitalfusion des Universitätsspitals Basel und des Kantonsspitals Baselland ist seit dem Volksnein vom Tisch – doch die Zusammenarbeit wird in den nächsten Jahren intensiver sein als je zuvor.



Bild: Kenneth Nars (Basel, 12. Juni 2020)

3

Verkehr nach Corona: Baselland ist der Stadt voraus

Hans-Martin Jermann

In unserer Region sind mittlerweile fast wieder gleich viele Autos unterwegs wie vor dem Lockdown. Velos und E-Bikes boomen. Demgegenüber hat Corona öffentliche Massentransportmittel in die Krise gestürzt. Bis ein Impfstoff gegen das Virus gefunden ist, werden viele den ÖV meiden. Auch mittel- bis langfristig werden die Frequenzen im ÖV kaum Vor-Corona-Niveau erreichen. Homeoffice und Flexibilisierung der Arbeitszeiten und -formen werden sowohl in Bahn, Tram und Bus als auch auf der Strasse Spitzenbelastungen brechen. Aus der aktuellen Baisse bereits abzuleiten, dass Milliardenprojekte wie das Herzstück oder der Rheintunnel unnötig sind, wäre verfrüht. Ebenso falsch wäre es, jetzt das regionale ÖV-Angebot abzubauen. Das würde nach jahrzehntelanger Förderung eine gefährliche Abwärts Spirale in Gang setzen. Die tieferen Passagierzahlen werden aber auf den Kostendeckungsgrad drücken, der

ÖV wird teurer; tragen müssen diese Mehrkosten entweder der Staat oder die Pendler – oder beide.

Die Coronakrise beschleunigt bereits zuvor feststellbare Trends: Die Baselland Transport AG (BLT) kämpft seit Jahren mit stagnierenden Zahlen auf ihren Tramlinien. Andere Verkehrsträger wie Velo, E-Bike oder E-Trottinet laufen dem Tram den Rang ab. Die Mobilitätsbedürfnisse sind vielschichtiger und unberechenbarer geworden. Das zwingt die Transportunternehmen zu neuen Geschäftsmodellen und Abonnements-Ideen. In diesem Bereich sind die Baselbieter den Städtern für einmal einige Schritte voraus: Die BLT hat bereits 2018 mit Privaten das Verleihprojekt «Pick-E-Bike» lanciert und damit einen ersten Schritt hin zu einer umfassenden Mobilitätsanbieterin gemacht. Die Basler Verkehrsbetriebe (BVB) wollen nachlegen, wie sie im Februar kurz vor Ausbruch der Coronakrise bekanntgaben. Damit den BVB der Schritt in die Moderne gelingt, ist unternehmerische

Flexibilität nötig. Die angekündigte Volksinitiative zur Wiedereingliederung der BVB in die kantonale Verwaltung sind solchen Bestrebungen allerdings eher hinderlich.

Das Problem: Heilige Kühe wie etwa die bedingungslose Förderung des Trams blockieren die städtische Verkehrspolitik; Basel taugt daher nicht als Innovations-Labor für eine zukunftsgerichtete Mobilität. Dazu passt, dass ausgerechnet in der Velo-Stadt Basel im Frühjahr 2017 die Stimmberechtigten den Bau eines Velorings um die Innenstadt ablehnten. Ein Entscheid, der angesichts des aktuellen Velo-Booms erst recht unverständlich wirkt. Im Baselbiet kündigte Baudirektor Isaac Reber im Herbst 2019 den Bau von Veloschnellrouten an. Sie sollen massgeblich zur Bewältigung des Pendlerverkehrs in der Agglo beitragen. Es scheint, als hätten die Entscheidungsträger auf dem Land die passenderen Antworten auf die verkehrspolitischen Herausforderungen in Coronazeiten als ihre Kollegen in der Stadt.

4

Primarschulen werden künftig einheitlich geführt

Michael Nittnaus

Bildung ist der wertvollste Rohstoff der Schweiz. Diese Erkenntnis ist nicht neu. Daher ist es fast schon paradox, dass wohl mit keinem Lebensbereich während des Corona-Lockdowns unterschiedlicher umgegangen wurde als mit dem Schulunterricht. Corona lehrte uns daher vor allem eines: Bildung ist nicht gleich Bildung. Die beiden Basel, die im Bildungsbereich so eng verzahnt sind, dass Allschwiler ohne Probleme im Nachbarkanton ans Gymnasium gehen können, drifteten auseinander. Die Bildungsdirektoren Conradin Cramer (BS) und Monica Gschwind (BL) beteuerten zwar immerzu, wie oft sie sich während der Coronakrise absprachen, dennoch fielen die Entscheide zu Fern- und Präsenzunterricht oft unterschiedlich aus. Stichwort: Mittelschulen-Neustart seit dem 8. Juni.

Noch unverständlicher als die interkantonalen Differenzen sind aber jene innerhalb des Basellands.

Der «Gemeindeligeist» griff um sich. Das Amt für Volksschulen (AVS) gab zwar für die Phase des Lockdowns ab dem 16. März wie auch für die Wiederaufnahme des Präsenzunterrichts ab dem 11. Mai jeweils Schutz- und Umsetzungskonzepte vor, doch in der Praxis waren und sind die Unterschiede gerade zwischen den Primarschulen gewaltig. Hier mussten die Kinder ihren Schulstoff für den Fernunterricht einer ganzen Woche in Tragetaschen beim Schulhaus abholen, dort wurde bereits ab der dritten Primar auf Lernen am Laptop gesetzt.

Gemeinden und Kanton sollten gemeinsam Primar-Träger sein

Am Konzept für den Präsenzunterricht verzweifelte dann so mancher Schulleiter endgültig, so schwammig waren die Vorgaben von Bund und Kanton – und sind es bis heute. Leidtragende sind die Kinder, die je nach Wohnort nicht dieselben Voraussetzungen hatten, während der Coronakrise am Ball zu bleiben. Träger der

Kindergärten und Primarschulen in Baselland sind die Gemeinden. Sie haben zwar schon heute nur noch wenig Gestaltungsspielraum, vieles ist vom AVS vorgegeben. Doch dank der jüngsten Erkenntnisse wird im Schulwesen nochmals ein Umdenken stattfinden. Seit vergangenen Herbst sind sowieso drei Postulate bei der Regierung hängig: Sie muss prüfen, ob es Alternativen zum heutigen System gibt und auch, ob wie bei den Sekundar- auch bei den Primarschulen der Kanton die Trägerschaft übernehmen sollte. So weit wird es nicht kommen. Die Gemeinden wollen ihre vielseitig genutzten Schulhäuser sicher nicht aus der Hand geben. Doch die Chancen stehen gut, dass der Kanton über alle schulischen Inhalte noch stärker verfügt als heute mit Lehrplan und Stundentafel. Die Lösung – und auch hierzu hat der Landrat einen Vorstoss überwiesen – könnte eine geteilte Trägerschaft (und Finanzierung) der Primarstufe sein. Und das nicht nur während einer Pandemie.

5

Corona lässt die Grenzen verschwinden

Benjamin Rosch

Auch wenn Corona für weite Teile der Basler Bevölkerung unsichtbar blieb, diese Massnahme war es nicht: Plötzlich standen in der Langen Erlen bewaffnete Grenzwächter und mahnten unvorsichtige Jogger und Spaziergänger zur Umkehr. So eng ist die Region mit den Nachbarn aus Deutschland und Frankreich verwachsen, dass viele Baslerinnen und Basler wohl gar nicht den genauen Grenzverlauf kennen. Oder besser kannten.

Gegenseitige Hilfe wirkt nachhaltig

Im postcoronalen Zeitalter werden die Landes- im Unterschied zu den Kantonsgrenzen noch unwichtiger werden. «Aus virologischer Sicht macht das Schliessen der Grenzen keinen Sinn», sagte der Basler Kantonsarzt Thomas Steffen früh, und hielt stattdessen die internationale Zusammenarbeit hoch. Was die Schweiz etwa in Bezug auf Italien

stark vermissen liess, geschah in der Region: ein guter Informationsaustausch und spontane Hilfe. Zum Beispiel als es darum ging, Patienten aus dem Elsass aufzunehmen.

Nicht ohne Grund. Unser Gesundheitssystem lässt sich ohne Arbeitskräfte aus dem Elsass nicht in dieser Form aufrechterhalten. Hätte Emmanuel Macron tatsächlich das französische Gesundheitspersonal in Frankreich behalten, wäre die ohnehin schon nationalistische Antwort Europas noch verheerender ausgefallen – mit katastrophalen Auswirkungen für die Region Basel. Das Gegenteil traf ein. Nach und nach normalisierte sich der Verkehr für die Grenzgänger. Was aber blieb, ist der Eindruck einer grossen gegenseitigen Abhängigkeit. Angesichts dieser wirken Debatten über eine 3er-Verlängerung nach Saint-Louis aus Sorge um den Basler Detailhandel dann schon recht kleingeistig. Zumal auch dieser Teil der Grundversorgung kaum aufrechtzuerhalten wäre ohne die tausenden Arbeitnehmenden,

welche täglich die Grenzen passieren. Und auch in Deutschland dürften Diskussionen um Schweizer-freie Shoppingtage jetzt verstummen. Wenn hier schon der Detailhandel mit den Folgen der Pandemie zu kämpfen hatte, wie leer müssen dann die auf das Franken-Publikum ausgerichteten Supermärkte in Lörrach und Grenzach gewirkt haben?

Eine wichtige Rolle werden auch die Naherholungsgebiete spielen. Inzwischen werden sich wohl die meisten an den spärlichen Naherholungszentren sattgesehen haben, welche die unmittelbare Umgebung zu offerieren hat. Der Sommer bietet die ideale Gelegenheit, die Petite Camargue oder den Schwarzwald zu erkunden, während die Weiler endlich auch wieder in die Langen Erlen pilgern dürfen.

In der Krise rückte die Schweiz zusammen, wird gerne kolportiert. Zumindest für die Region Basel gilt dies auch in Bezug auf die Nachbarn ennet der Grenze. Den geschlossenen Übergängen zum Trotz.